



REPUBLIK ÖSTERREICH
Landesgericht Linz
Der Präsident

Jv 1726 - 2/93

A-4010 Linz, Fadingerstraße 2

Briefanschrift:

A- 4010 Linz, Postfach 2

An den

Präsidenten des
Oberlandesgerichtes **Oberlandesgericht Linz**
Präsidialabteilung

Telefon: 0732/7601 - 0*

Fernschreiber: 022/1391

Telefax: 0732/2930

Linz

Einzel. 19. Juli 1993 ..Uhr...Min.
fach, mit 1 Big. - Akt
Jv 3448-2/93-5
Pers

Sachbearbeiter: Dr. Krichmayr

Klappe:

Betrifft: Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes gegen
pornographische Kinder- und Gewaltdarstellungen und zum
Schutz der Jugend vor Pornographie (Pornographiegesetz);
Begutachtungsverfahren

Die Stellungnahme des Richters des LG Linz Dr. Klaus Peter
BITTMANN wird vorgelegt.

Linz, am 15. Juli 1993

K. Bittmann

Dr. ...
...
...

Dr. Klaus Peter BITTMANN

Landesgerichtspräsidium Linz

eingelangt am **15. JULI 1993**UhrMin.

.....fach, mit Beilagen

..... Halbschriften

An den
Herrn Präsidenten des Landesgerichtes

Linz

zu Jv 1726 - 2/93

Betrifft: Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes gegen
pornographische Kinder- und Gewaltdarstellungen und zum
Schutz der Jugend vor Pornographie (Pornographiegesetz);
Begutachtungsverfahren

Zu dem im Betreff genannten Gesetzesentwurf, JMZ 701.011/1-II 2/93, wird
folgende

Stellungnahme

abgegeben:

Zu § 1 Z 2:

Die Wortfolge "sofern sie ein tatsächliches Geschehen bildlich wiedergibt" ist
insoweit mißverständlich, als dann die Interpretation vertreten werden könnte, daß die bloß im
Film gespielte Darstellung eine geschlechtliche Handlung an einem Unmündigen oder eines
Unmündigen mit einem Tier kein tatsächliches Geschehen sei und somit nicht tatbildlich im
Sinne des § 2.

Zu 1 Z 3:

Der Entwurf beschreibt eine pornographische Gewaltdarstellung als eine Darstellung,
die einem Menschen tatsächlich zugefügte erhebliche sexuelle Gewalttätigkeit bildlich
wiedergibt. Auch hier stellt sich die Frage, ob die im Film lediglich gespielte Gewalttätigkeit

Seite 2

tatbildlich sein soll oder nicht. Außerdem ist das Wort "erheblich" ein sehr unbestimmter Gesetzesbegriff, der zu großer Rechtsunsicherheit führen kann. Insbesondere stellt sich die Frage, ob bloße Fesselungen des Sexualopfers schon eine erhebliche Gewalttätigkeit sind oder nicht. Daß nur mehr bildliche Darstellungen somit Film- und Videomaterial erfaßt sein soll bewirkt, daß alle Formen von Zeichentrickprodukten, Zeichnungen, Graphiken und Prosaerzählungen keine Pornographie sein können, und dies unabhängig von der Massivität der Schilderung. Es ist die Frage, ob das rechtspolitisch tatsächlich in diesem Ausmaß so gewollt ist.

Zu § 1 Z 5:

Bei der Definition der entwicklungsgefährdenden pornographischen Darstellung stört das Wort "insbesondere", weil sich dann sofort die Frage stellt, welche anderen geschlechtliche Handlungen außer den exzessiv aufdringlichen und verzehrten bzw. auf sich selbst reduzierten noch geeignet sein sollen, die Entwicklung von Unmündigen zu gefährden.

Zu § 8 Abs. 1 Z 2:

Die Bestimmung, daß das Strafverfahren einzuleiten oder fortzusetzen ist wenn der Angezeigte sich während der Probezeit beharrlich einer Behandlung oder Beratung entzieht, ist schwer durchzusetzen, weil das Wort "beharrlich" ein äußerst unbestimmter Gesetzesbegriff ist. Es wird daher vorgeschlagen dieses Wort aus dem Entwurf zu streichen.

Linz, am 15. Juli 1993

Klaus Böhmann

[Illegible handwritten text]